

Reaktionen: Politiker und Organisationen hoffen, dass die neue kubanische Führung Reformen einleitet

Bereit für einen "konstruktiven Dialog"

Havanna/Berlin. US-Präsident George W. Bush hat in einer ersten Reaktion auf den politischen Abschied des kubanischen Präsidenten Fidel Castro die Schaffung demokratischer Verhältnisse in Kuba gefordert. "Dies ist eine Periode des Übergangs, und es sollte der Beginn eines demokratischen Übergangs sein", sagte Bush gestern in Kigali (Ruanda).

Das kubanische Volk habe ein Recht auf eine freie Gesellschaft und freie Wahlen, "und nicht jene inszenierten Wahlen, die die Castro-Brüder als wahre Demokratie verkaufen wollten". Bush forderte die Freilassung aller politischen Gefangenen in Kuba. Die USA würden dem kubanischen Volk helfen, "die Segnungen der Freiheit zu verwirklichen".

Die Europäische Union hat nach dem Rückzug Castros die "Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog" mit der kubanischen Regierung bekräftigt. Ein Sprecher von EU-Entwicklungskommissar Louis Michel wollte gestern die Frage, ob die Kommission Castros Ausscheiden aus dem höchsten Staatsamt begrüße oder bedaure, nicht beantworten.

Spanien hat den Amtsverzicht mit Zurückhaltung aufgenommen. Die Madrider Regierung hoffe, dass damit der Weg zur Einleitung von Reformen auf der Karibikinsel geebnet werde, sagte gestern Arbeits- und Sozialminister Jesús Caldera.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) forderte die neue kubanische Führung auf, Reformen einzuleiten und politische Gefangene freizulassen.

Laut Lothar Mark, Lateinamerika-Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, sollte es Deutschlands und Europas vordringliches Ziel sein, den Dialog mit Kuba zu suchen. "Es ist wichtiger denn je geworden, mit und nicht über Kuba zu reden", sagte der Politiker aus Mannheim gestern. dpa/eb

Mannheimer Morgen
20. Februar 2008

Adresse der Seite:

http://www.morgenweb.de/nachrichten/dritte_seite/20080220_srv0000002186058.html